

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 30 (2010)
Heft: 59

Artikel: Die Nationalkonservativen und linke Gegenstrategien
Autor: Lang, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652598>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Nationalkonservativen und linke Gegenstrategien

Die eidgenössischen Abstimmungen vom 28. November 2010 sind von besonderem Interesse, weil es hier um zwei Themen ging, welche die politische Moderne prägen und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das wichtigste Gegensatzpaar bilden: die nationale versus die soziale Frage. Beunruhigend für die Linke ist nicht bloss, dass die nationalistisch-fremdenfeindliche Ausschaffungs-Vorlage mit 53 Prozent bedeutend besser abgeschnitten hat als die soziale Vorlage zur Steuergerechtigkeit mit 42 Prozent. Mindestens so bedenklich ist die Tatsache, dass unter den unteren Einkommenschichten erstere noch mehr und letztere noch weniger Stimmen erlangt hat. Hinzu kommt, dass diese Abstimmungsergebnisse mit den Ergebnissen der letzten Nationalratswahlen 2007 und mit der Minarett-Verbots-Abstimmung vom 29. November 2009 übereinstimmen.

Die Unterschichten in der nationalistischen Falle

Gemäss der den Ja-Anteil etwas überschätzenden SRG-Umfrage des gfs-Instituts vom 17. November 2010 stimmten 69 Prozent der Personen mit tiefem Bildungsniveau für und bloss 22 Prozent gegen die Ausschaffungsinitiative. Beim mittleren Bildungsniveau lautete das Verhältnis 64 zu 34 und bei den Gutgebildeten war eine Mehrheit von 56 Prozent für das Nein (SRG/gfs, 29). Zu ähnlichen Ergebnissen kam die Vox-Analyse zur Abstimmung über das Minarettverbot. Der mit 57.5 Prozent angenommenen Volksinitiative hatten 76 Prozent der Personen mit Lehrabschluss, 48 Prozent der mit Berufsfachschule, 45 Prozent der mit Matura und 34 Prozent der mit Hochschul- oder Uni-Abschluss zugestimmt. Bei den Einkommenschichten sah es so aus: unter 3000 Franken pro Monat 69 Prozent, zwischen 3'000 und 5'000 Franken 65 Prozent, über 9'000 Franken 40 Prozent (Hirter / Vatter 2010, 28).

Überraschender als diese Zahlen sind die Ergebnisse der gfs-Umfrage zur Steuergerechtigkeit. Während die zweite, am 17. November 2010 veröffentlichte Umfrage einen durchschnittlichen Ja-Anteil von 46 Prozent ergab, was etwa ein Zehntel über dem wirklichen Resultat liegen sollte, war es bei den verschiedenen Einkommen folgendermassen: unter 3'000 Franken 40 Prozent, 3'000 bis 5'000 Franken 42 Prozent, 5'000 bis 7'000 Franken 45 Prozent, 7'000 bis 9'000 Franken 59 Prozent, 9'000 bis 11'000 Franken 51 Prozent, über 11000 33 Prozent. (SRG/gfs, 45) Mit anderen Worten: Die Volksinitiative, welche verlangte, dass Einkommen über 20'000 Franken pro Monat stärker versteuert werden, wurde nicht nur von

den Direktbetroffenen, sondern auch von den Einkommen unter 5'000 Franken überdurchschnittlich stark abgelehnt.

Spaltlinie zwischen Linken und Rechten

Diese Befunde decken sich mit einer Analyse der letzten Nationalratswahlen vom Oktober 2007, die Daniel Oesch und Line Rennwald im Herbst 2010 in der *Swiss Political Science Review* veröffentlicht haben. Die SVP, die auf 29 Prozent der Stimmen kam, erreichte bei den folgenden drei Kategorien besonders hohe Stimmenanteile: Dienstleistungs-Angestellte (40 Prozent), Industriearbeiter (39 Prozent) sowie Kleingewerbler (44 Prozent). Besonders schlecht schnitt sie bei den im Sozial- und Bildungsbereich Beschäftigten (12 Prozent) und bei den hochqualifizierten Fachleuten (16 Prozent) ab. Bei der Linken (vor allem SP und Grüne), die auf ungefähr 30 Prozent kam, war es gerade umgekehrt: In der ersten Kategorie kamen sie auf 52 Prozent, in der zweiten auf 39 Prozent. Dafür stimmten nur 22 Prozent der Dienstleistungs-Angestellten, 24 Prozent der Industriearbeiter und 25 Prozent der Büroangestellten für die Linke.

Oesch und Rennwald kommen dabei zum Schluss, dass die „Spaltlinie“ zwischen der „populistischen Rechten“ (SVP) und der „Neuen Linken“ (SP und Grüne) zwar „in der Beschäftigungsstruktur verankert“ ist, „jedoch nicht in erster Linie auf wirtschaftlichen Verteilungs-, sondern auf gesellschaftlichen Wertfragen“ basiert. „Kleingewerbler und Arbeiter sprechen sich für Abschottung und die Verteidigung der nationalen Eigenheiten aus.“ Auf der linken Seite „bevorzugen Wähler aus der lohnabhängigen Mittelklasse internationale Öffnung und Multikulturalismus.“ Was die berufliche Tätigkeit betrifft, unterscheiden die AutorInnen zwischen „Profiteuren der Bildungsexpansion und der Aufwertung des Arbeitsplatzes“, die heute die hauptsächliche Wählerbasis der Linken bilden, und den „von der soziökonomischen Modernisierung vergessenen“, vor allem Industriearbeitern und Kleingewerblern, die zur Rechten gewechselt sind oder ihr schon immer angehört haben (2010, 365, 370).

In ihrer Studie über den Aufstieg der SVP im Kanton Neuenburg, insbesondere in der Arbeiterklasse, zeigt Line Rennwald auf, dass die Entwicklung in der Romandie mit ihrem doch etwas höheren Klassenbewusstsein nicht viel anders ist. Allerdings habe die Linke in den unteren Einkommensschichten nicht derart drastisch an die „Nationalpopulisten“ verloren wie in der Deutschschweiz (2005, 46, 74). Weitere Unterschiede, welche die erwähnte Spaltlinie zum Teil vertiefen, sind u.a. die Altersfrage: Die Linke macht beim Gros der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, den 25 bis 54 Jährigen, viel mehr Stimmen als die SVP. Ähnlich ist es bei den Frauen, wobei die SVP bei der zur Minderheit gewordenen Hausfrauen stärker ist. Ein wichtiges Gefälle, das zwischen Stadt und Land, übergehen Oesch und Rennwald weitgehend. Die Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur gehen im Stadt-Land-Gefälle bei weitem nicht vollständig auf.

Im Folgenden stelle ich in einem ersten Schritt diese empirischen Befunde in einen räumlich-geographischen sowie einen zeitlich-historischen Zusammenhang. Dann gehe ich kurz auf den Kampf zwischen nationaler und sozialer Grundorientierung in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein. Daraufhin zeichne ich die nationalistische Regression der Schweiz in den letzten zwanzig Jahren nach. Und am Schluss werden Vorschläge für eine linke Strategie gegen den Nationalkonservatismus (s. dazu auch Lang 2000) skizziert.

Nachbarländer, Unterschichten und Fremdenfeindlichkeit

Wie sind die Trends bei unteren Schichten, insbesondere bei Arbeitenden in der Produktion und den Dienstleistungsangestellten, aber auch bei neuen gutgebildeten und hochqualifizierten Schichten in den vier Nachbarländern? Am stärksten der Schweiz gleichen dürfte Österreich, wo ein Grossteil der ehemals sozialdemokratischen Arbeiter- und Angestellten-schichten die „populistische Rechte“ wählt. Und wo die sogenannten „Neuen Mittelschichten“ in der Sozialdemokratie einen Teil jener Verluste wettmachen sowie die Wählerbasis der Grünen bilden. Allerdings ist die Rechte in Österreich mit ihrer Nazivergangenheit ideologisch anders belastet als in der Schweiz mit ihren starken national-konservativen Traditionen und dem prägenden Einfluss der geistigen Landesverteidigung.

In Deutschland sind einerseits nationalistisch-islamfeindliche Grundstimmungen festzustellen, andererseits befinden sich in Umfragen die Grünen im Aufstieg. Diesen ist es gelungen, einen Grossteil der kulturellen Aufsteiger, auch solchen mit sozialdemokratischem Hintergrund, sowie einen Teil des liberalen Bildungsbürgertums zu gewinnen. Jener Teil der Unterschichten, welchen die Sozialdemokratie verloren hat, fand bei der Linken eine neue politische Heimat. Dass dieses Milieu nicht frei von Fremdenfeindlichkeit ist, ist bekannt und dessen war sich auch Oskar Lafontaine sehr wohl bewusst. Aber die Tatsache, dass die Linkspartei solche Tendenzen mit einer sozialen statt einer nationalen Agenda auffängt, hat zur Folge, dass die bundesrepublikanische Politik viel weniger xenophob ist als beispielsweise die schweizerische oder österreichische.

Auch in Frankreich, wo der Klassenkampf seine stärkste Dynamik bewahrt hat, blieb ein Grossteil der unteren Einkommensschichten der Linken treu. Allerdings dürfen die Gewinne des Front National in ehemaligen kommunistischen Hochburgen nicht ausser Acht gelassen werden. Die Nähe von soziokulturell Beschäftigten wie der LehrerInnen zur Linken ist in Frankreich ein älteres Phänomen. Als Folge der Dreyfus-Bewegung war es weitgehend zu einer Fusion von Kulturkampf und Klassenkampf gekommen, in deren Folge die LehrerInnen vom antiklerikalen Republikanismus zum antiklerikalen Sozialismus wechselten. In Italien hat die Linke

vor allem im Norden einen Teil ihrer früheren Basis an die viel aggressivere regionalistisch-chauvinistische Lega Nord verloren. Diese Entwicklung ist mit derjenigen in der Schweiz und in Österreich vergleichbar.

Dass die kulturell schwächeren und sozial verletzlicheren Unterschichten auf regressive und fremdenfeindliche Angebote stärker ansprechen als gut ausgebildete und qualifizierte Lohnabhängige, ist kein neues Phänomen. In der gefährlichsten Konterrevolution, welche die Schweiz vor der Gründung des Bundesstaates erlebte, beim Zürcher Straussenputsch von 1839 gegen die Berufung eines fortschrittlichen Theologen aus Deutschland, lieferten die Modernisierungsoffer, insbesondere die Heimweber, die Massenbasis (Fritzsche / Lemmenmeier, 1994, 139f.). Die Einführung des Fabrikgesetzes 1877 wurde durch ein Bündnis von Fach- und Geistesarbeitern, Geistlichen und Bildungsbürgern gegen den Widerstand von Unternehmern, Kantonalisten, aber auch „Fabriklern“ durchgesetzt. Im Sommer 1896 kam es in Aussersihl zu „Italienerkrawallen“: die grassierende Wohnungsnot hatte fremdenfeindliche Folgen (Künzle 1990, 43ff.) Erst der Aufstieg der Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlaubte es, das Gros der städtischen und einen Teil der ländlich-protestantischen Unterschichten in ein fortschrittliches Projekt zu integrieren. Die Integration der Linken ins letztlich reaktionäre Projekt der geistigen Landesverteidigung machte einen grossen Teil der ArbeiterInnen, auch der gewerkschaftlich organisierten, sturmreif für die Schwarzenbach-Initiative 1970.

Das Nationale versus das Soziale

Im Dokumentenband von Andreas Balthasar und Erich Gruner „Soziale Spannungen – Wirtschaftlicher Wandel“ (1989) über die Schweiz zwischen 1880 und 1914 hat es im Kapitel „Fremdarbeiter“ zwei aufeinander folgende Texte, welche die beiden Extrempositionen in der jungen Arbeiterbewegung markieren. Das erste im „Grütlianer“ (76/23.9.1885) veröffentlichte Dokument wirft den Unternehmern vor, „Fremdenarbeitliebhaber“ zu sein. „Die Bevorzugung der Fremdenarbeit hat in Gemeinschaft mit den Maschinen unserm Arbeiterstande schwere Wunden geschlagen und die Liebe zum Vaterland hart geschädigt; es ist Zeit umzukehren und punkto Arbeitsvergebung andere Wege einzuschlagen.“ (86f.) Im Jahresbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes des Jahres 1889 wurde ein Text veröffentlicht, dessen Motto nach 1968 ein Revival erlebte: „Jeder, auch der Schweizer Arbeiter, ist Fremdarbeiter.“ Zuerst wird das Adjektiv „fremd“ hinterfragt; und hingewiesen auf „die armen Teufel von Fabrikarbeitern, welchen es im Vaterland so schlecht ging, dass sie mit Weib und Kind auswandern mussten.“ Während „diese Leute für unsere Behörden fremd“ waren, wird „ein grosser vermöglicher Spitzbube“ nicht als „fremd“ betrachtet, „sondern er wird gehätschelt und gepflegt.“ Die „schweiz. Handwerksgenossen“ werden aufgefordert, mehr für ihre Aus-

bildung zu tun. „Das Singen, Ringen und Schwingen mag eine schöne Sache sein, aber die Tüchtigkeit im Handwerk sollte darüber nicht unterschätzt werden.“ (87f.)

Die beiden Dokumente illustrieren zwei wichtige Sachverhalte im Kampf zwischen nationaler und sozialer Grundorientierung. Das Nationale ist bereits da, scheint naturgegeben immer schon dagewesen zu sein, in sich selbst zu ruhen. Das Soziale ist anspruchsvoller, erheischt stetige und bewusste Kraftakte, weil es immer wieder neu geknüpft werden muss. Als die Arbeiterbewegung über den im Freisinn verankerten Grütliverein auf den Plan trat, hatte jener die Nation bereits konstituiert. Sie ist das Vorgegebene, in dem sich das Neue zu orientieren hat. Und weil der herrschende Freisinn aus Angst vor dem Neuen und die Konservativen, die historischen Antinationalen, aus nationalistischem Übereifer immer mehr auf die Unterscheidung von Eigenem und Fremden setzen, gerät das Neue in die Zwickmühle, weil es aus beidem zusammengesetzt ist.

Linke zwischen Internationalismus und geistiger Landesverteidigung

Der Internationalismus der sozialistischen Arbeiterbewegung baute wie überall auf viel Voluntarismus, der wiederum mit einem starken Bildungseifer verbunden war, verankert in einer schon damals multikulturellen Arbeitswelt, die allerdings stärker geprägt war durch den Klassenkampf. Dieser betonte das Gemeinsame einerseits der Klassenzugehörigkeit und andererseits der Überzeugung, dass der herrschende Kapitalismus veränderbar ist – auf Kosten des zu bewahrenden und zu verteidigenden Schweizertums. Die kulturelle und gesellschaftliche Autonomie verstärkte das Klassenbewusstsein und immunisierte gegen nationalistischen Dünkel. Aber der schweizerische Internationalismus hatte auch seine helvetischen Eigenheiten. Die hingen vor allem mit den starken republikanisch-demokratischen Traditionen wie auch mit der Neutralitätspolitik zusammen. Als die Schweiz während des Ersten Weltkriegs wegen der Spaltung zwischen einem prodeutschen Bürgertum und einer profranzösischen Bourgeoisie in eine tiefe Krise geriet, spielte die Arbeiterbewegung, ohne das bewusst anzustreben, die Rolle einer Brückenbauerin über den Röstigraben hinweg. Am stärksten wirkte die damalige Verbindung von Neutralität und Pazifismus (von Greyerz 1980, 1130).

In den 1930er Jahren wurde die nationale Grenzen sprengende Kraft einer neutralistisch geprägten Antikriegs-Haltung teilweise ersetzt durch den Antifaschismus. So war die schweizerische Linke im spanischen Bürgerkrieg auffallend stark vertreten und sie hat ihn höchst aufmerksam verfolgt. Der Versuch, den Antifaschismus mit der geistigen Landesverteidigung zu verknüpfen, war auch ein Versuch, deren Nationalismus zu überwinden. Die Sondererfahrung von militärischer Integration und wirtschaftlicher Kollaboration, die auch Arbeitsplätze sicherte, die stille

Komplizenschaft mit der Boot-ist-voll-Politik und die Weigerung einer Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg führten spätestens im Zuge des Antikommunismus zu einer Auflösung des Internationalismus. Die Mehrheit der einheimischen Arbeiterschaft, auch der gewerkschaftlich organisierten, stimmte 1970 für die Schwarzenbach-Initiative.

In den 1970er und 1980er Jahren gab es nicht zuletzt dank der kulturellen Hegemonie einer universalistisch und pazifistisch geprägten Rock-Kultur und dank dem wachsenden Einfluss der 68er Generation in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie und über die Neue Linke eine Stärkung der solidarischen Werte unter jungen Arbeitern und Angestellten. Das drückte sich unter anderem im kleiner gewordenen Stadt-Land-Gefälle unter den jungen Generationen aus. Höhepunkt dieser Entwicklung war 1989 der Erfolg einer weltsolidarischen Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) über den nationalegoistischen „Diamant“, der den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs feierte, unter den Jungen, auch in Agglomerationen wie Bümpliz und Schwamendingen (Jaun 1997, 652ff.).

Nationalistische Regression in der Schweiz

Die 1990er Jahre bescherten der Schweiz eine nationalistische Regression, die bis heute andauert. Am stärksten manifestiert sie sich unter den Jugendlichen der Dörfer und Kleinstädte, der schweizstämmigen Unterschichten und den insbesondere durch Auto- und Baugewerbe sowie Finanz- und Immobilienspekulationen neu reich gewordenen. In den letzten zwanzig Jahren folgten vier sich überlagernde Entwicklungen, die den Solidaritätsgedanken schwächten und den Nationalismus stärkten.

Erstens dominiert seit den frühen 90er Jahren die nationale Frage in der politischen Auseinandersetzung. Dies hat damit zu tun, dass mit dem Ende des Kalten Kriegs die Rolle der Schweiz in der Welt zur Disposition steht und neu definiert werden muss. Zweitens hat der Neoliberalismus in der Schweiz viel mehr Köpfe geprägt als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Dessen Hegemonie wurde durch das grosse Gewicht des Banken- und Finanzplatzes und die vielen Aufstiegsmöglichkeiten, die dieser in Verbindung mit den Neuen Technologien bot, noch zementiert. Drittens trafen die wirtschaftliche Unsicherheit und der Verlust von traditionellen Arbeitsplätzen, welche die Schweiz in den 90er Jahren den anderen Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit anglich, die unteren und mittleren Einkommenschichten besonders stark. Viele suchten ihr Heil bei einer nationalkonservativen Bewegung, deren Angebot vor allem dort gut ankam, wo es eine eigenständigen Traditionen und Kultur der Linken nicht mehr gab oder noch nie gegeben hatte.

Und viertens geriet die Linke in eine Orientierungskrise. Ein Grossteil erlag – auch unter dem Einfluss von New Labour (vgl. das Blair-Schröder-Papier 1999) - neoliberalen Versprechungen und Konzepten (wie dem New

Public Management). Man kontrerte die nationalistische Identitätspolitik der SVP mit einer europäischen und westlichen Identitätspolitik, welche die EU für überlegen, die Nato für unterstützenswert sowie die Neutralität und den Pazifismus für überholt hielt. Einige gingen sogar auf Distanz zu einer diese Politik hemmenden direkten Demokratie, was die SVP weidlich ausnützte. Der Irak-Krieg und die Finanzkrise 2008/09 haben solche Positionen in der Linken inzwischen geschwächt.

Strategien gegen die Nationalkonservativen

Die Linke sieht sich mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Wie kann sie die Mitglieder- und Stimmen-Gewinne in den sogenannten „neuen Mittelschichten“ stabilisieren und ausbauen? Und wie kann sie die Verluste in den Unterschichten wieder wettmachen? Die politische Antwort kann nicht allein in einer ökonomistischen Strategie zur Stärkung des Sozialen oder in einer ideologischen Strategie zur Schwächung eines fremdenfeindlichen Nationalismus bestehen. Die zukunftsweisende Antwort muss eine kombinierte Strategie sein.

I. Die soziale Frage ist zum politischen Dauerthema zu machen – durch eine Verbindung von erfolgsträchtigen Defensiven (z.B. Rentenklau) mit wegweisenden Offensiven (AHV plus-Idee im SGB). Die wichtigste Sicherheit ist die soziale Sicherheit. Die SVP hat als Protagonistin des Nationalen dieses für sie gefährliche Terrain erkannt und deshalb die AHV-Revision auf die Nachwahlzeit verschoben.

II. Die soziale Frage ist grundsätzlicher mit der Gerechtigkeits- und Demokratiefrage zu verknüpfen - wie es die 1:12-Initiative der Jusos tut. Auch eine liberale Demokratie verträgt nicht schwindelerregende Einkommens- und Vermögensunterschiede. Normativ unterläuft ein allzu grosses Lohngefälle die moderne Grundannahme von der Gleichheit aller Bürger/innen sowie aller Menschen. Praktisch unterlaufen die in der Schweiz dramatisch gewachsenen Vermögens-Unterschiede den demokratischen Grundsatz von „one person one vote“. Selbstverständlich haben die Millionen-Gelder, welche die politische Rechte und die Economiesuisse in Abstimmungs- und Wahlkämpfe einsetzen können, einen erheblichen Einfluss auf die Wahl- und Abstimmungs-Resultate.

III. Die soziale Frage ist mit der globalen Existenzfrage der Klimaerwärmung (die das Alpenland besonders bedroht) zu verbinden. Damit verhindern wir nicht zuletzt, in die protektionistische Falle (Standortpolitik) oder in die technokratische Falle beim Umweltschutz zu geraten. Die Stopp-Offroad-Initiative der Jungen Grünen wirft auch die Frage der gewachsenen Ungleichheit bei den Verkehrs-Risiken auf und ruft die berechtigten und verbreiteten Vorbehalte gegen die Neureichen ab, die öfters einen Sozialdarwinismus kultivieren. Wie das Ökologische mit dem Solidarischen verbunden werden kann, zeigt das Initiativ-Projekt der Grünen

mit der Kernziel: „Bis ins Jahr 2050 wird der ökologische Fussabdruck der Schweiz hochgerechnet auf eine Erde reduziert.“

IV. Die Linke muss die zahllosen Widersprüche und Schwachpunkte der Nationalkonservativen gründlicher thematisieren und viel systematischer bewirtschaften. Beispielsweise gibt es einen Widerspruch zwischen der Heimattümelei und der Heimatzerstörung durch Klimaerwärmung, Strassenbau oder Siedlungsbrei. Was die polizeiliche Sicherheit angeht, haben die Nationalkonservativen nicht zuletzt unter Hausfrauen ein Problem wegen der leichten Verfügbarkeit der massenhaft vorhandenen Waffen. Und wegen ihrem insbesondere gegenüber männlichen Aufsteigern gepflegten Egoismus und Hedonismus gerät die SVP in Schwierigkeiten mit der unter Jungen höchst unpopulären Wehrpflicht. Ähnliches gilt für den Abbau von Freiheitsrechten und den Ausbau des Polizeistaates gegenüber den Fussball-Fans.

V. Die Linke muss die positiven Errungenschaften aus der Schweizer Geschichte bewusst beerben und politisch weiterhin konsequent umsetzen. Dazu gehört die Neutralität, die mit Pazifismus (zivile Friedensförderung) und Universalismus (UNO) kompatibel ist, aber nicht mit militärischem Interventionismus, Nato-Kooperation und Kriegsmaterialexporten. Dazu gehört die freiheitliche und egalitäre Variante des Republikanismus – im Sinne von Gottfried Kellers „Fähnlein der sieben Aufrechten“, wo er schreibt: „Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie andernwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahmentuch.“ Dazu gehört die im grossen und ganzen liberale Asylpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dazu gehört die Nähe zu den Alpen, die von der Alpeninitiative den patriotischen Umweltzerstörern erfolgreich streitig gemacht wurde. Ebenso das Nation Building von 1848, das nicht auf „organisch“-ethnizistischen (und deshalb verschlossenen), sondern auf „mechanisch“-politischen (und deshalb wandelbaren) Grundlagen baute. Dazu gehört die Totalrevision der Bundesverfassung von 1874, die sich im Rahmen der Judenemanzipation für den konfessionsfreien gegen den „christlichen“ Staat entschied. Sowie die AHV, das nationale Symbol, das heute am wenigsten umstritten ist. Die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund lancierte Idee, ausgehend von den Vorgaben der Bundesverfassung auf den Ausbau dieses Sozialwerks zu setzen, ist hochinteressant, weil sie das Soziale mit einem positiven Teil schweizerischer Identität verbindet.

VI. Die Linke ist darüber hinaus herausgefordert, aktiv an der Weiterentwicklung der Institutionen, insbesondere der direkten Demokratie, zu partizipieren. In Zusammenarbeit mit den wenigen politischen Liberalen, die es noch gibt, soll das historische Ungleichgewicht zwischen dem starken demokratischen Bein der Volkssouveränität und dem schwachem

liberalen Bein der Grundrechte korrigiert werden. Weiter soll die Linke eines Landes, dessen Wirtschaft zu den globalisiertesten und dessen Bevölkerung zu den weltgewandtesten gehört, ihr internationalistisches Engagement wieder ausbauen. Dazu gehören die Unterstützung der UNO-Millenniumsziele. Darüber hinaus ist die konkrete Solidarität mit Belegschaften und Bevölkerungen, die von Schweizer Konzernen ausgebeutet und drangsaliert werden, systematischer zu pflegen. Gute Beispiele dazu sind die „Nestlé tötet Babys“-Kampagne der 1970er, die Anti-Apartheid-Bewegung gegen die Komplizenschaft der Grossbanken der 1980er oder die konkrete Unterstützung der US-amerikanischen Steelworkers in ihrem Kampf gegen Marc Rich durch die Zuger Linke in den 1990er Jahren. Allein mit idealistischen Gegen-Normen lässt sich der Nationalkonservatismus nicht bekämpfen, aber ohne sie auch nicht.

VII. Aus der Beobachtung, dass an Orten, wo die Linke eine stärkere Ausstrahlung hat, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit weniger verfangen, ist der Schluss zu ziehen, dass ein selbstbewusstes Themensetzen im öffentlichen Raum und auf der politischen Bühne sehr wohl wirksam ist. Insbesondere die Unia, die Jusos und die GSoA haben in den letzten Jahren gezeigt, wie man den Nationalkonservativen unter den Arbeitenden, in der Jugend und im sicherheitspolitischen Feld den Schneid abkaufen kann.

Literatur

- Balthasar, Andreas / Gruner, Eric, 1989: Soziale Spannungen – wirtschaftlicher Wandel. Dokumente zur Schweiz zwischen 1880 und 1914. Bern
- Fritzsche, Bruno / Lemmenmeier, Max, 1994: Die revolutionäre Umgestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat 1780 – 1870. In: Geschichte des Kantons Zürich, Band 3, Zürich
- Greyerz, von Hans, 1980: Der Bundesstaat seit 1848. In: Handbuch der Schweizer Geschichte, Band 2, Zürich
- Hirter, Hans / Vatter, Adrian, 2010: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern
- Künzle, Daniel, 1990: Stadtwachstum, Quartierbildung und soziale Konflikte am Beispiel von Zürich-Aussersihl 1850 – 1914. In: Schweiz im Wandel. Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte, Basel und Frankfurt a.M.
- Lang, Josef, 2000: Blocher, SVP und der Nationalkonservatismus. Historische und ideologische Kontinuitäten. In: Widerspruch Heft 39, Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität, Zürich
- Oesch, Daniel and Rennwald, Line, 2010: The Class Basis of Switzerland's Cleavage between the New Left and the Populist Right. In: Swiss Political Science Review. Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Volume 16 Issue 3
- Rennwald, Line, 2005: Le vote ouvrier pour les partis nationaux-populistes. Le cas de l'UDC en Suisse et dans le canton de Neuchâtel. Courrendlin
- SRG-Trends/gfs.bern, 2010: Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend. Bern